

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-0889/07
von Antonio López-Istúriz White (PPE-DE)
an die Kommission

Betrifft: Zuweisung von Finanzmitteln für Bildung und Gesundheit durch die spanische Regierung an die Balearen auf der Grundlage der in der Volkszählung von 1999 festgestellten Einwohnerzahl

Die Balearen haben aufgrund des Bevölkerungsanstiegs in den letzten fünf Jahren große Schwierigkeiten, ihre Bildungs- und Gesundheitskosten zu bestreiten. Die Bevölkerung ist um 25 % angewachsen, und in den Schulen auf den Balearen werden Schüler 125 Nationalitäten unterrichtet, weshalb das Lehrpersonal um 47 % aufgestockt werden musste. Die Balearen erhalten nur unzureichende Finanzmittel von der nationalen Regierung, die die Volkszählung auf den Inseln von 1999 als Berechnungsgrundlage für die Verteilung der Finanzmittel auf die autonomen Gemeinschaften heranzieht. Diese Mittel entsprechen natürlich nicht der tatsächlichen Einwohnerzahl der Balearen, weshalb die Regionalregierung der Balearen auch die derzeitigen Bildungs- und Gesundheitskosten nicht bestreiten kann. Die Regionalregierung der Balearen vertritt die Auffassung, dass die aktuelle Volkszählung auf den Balearen (2006), die die tatsächlichen Verhältnisse widerspiegelt, als Grundlage für die allgemeine Mittelzuweisung an die autonomen Gemeinschaften dienen muss, nicht jene von 1999, auf die sich die Zentralregierung noch immer stützt.

Ist die Kommission der Meinung, dass die spanische Regierung umgehend die Daten der Volkszählung aktualisieren muss, die sie als Kriterium für die Aufteilung der Finanzmittel anwendet, damit die zugewiesenen Mittel auch wirklich den tatsächlichen Ausgaben der autonomen Regierung der Balearen in den Bereichen Bildung und Gesundheit entsprechen?